

Satzung über die Sondernutzung an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten in der Landeshauptstadt Hannover (Sondernutzungssatzung) vom 13.11.2008

Gem. Abl. 2008, S. 467
(zuletzt geändert durch Satzung vom 19.03.2026, Abl. RH / LHH 16.04.2026, Nr. 15, S. 274)

Aufgrund der §§ 6, 8, 40 Abs. 1 Nr. 4 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 473), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (Nds. GVBl. S. 575) in Verbindung mit § 18 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. November 2004 (Nds. GVBl. S. 406) sowie des § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung vom 13. 11. 2008 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Gemeingebrauch und Sondernutzung
- § 3 Besondere Gebietsbeschränkungen

Sondernutzung und erlaubnisfreie Nutzung

- § 4 Erlaubnispflichtige Sondernutzungen
- § 5 Erlaubnisfreie Nutzungen
- § 6 Einschränkung erlaubnisfreier Nutzungen

Besondere erlaubnispflichtige Sondernutzungen

- § 7 Freisitze
- § 8 Werbeanlagen
- § 9 Warenbänke
- § 10 Werbeaktionen
- § 11 Ortsfeste und bewegliche Verkaufsstände
- § 12 Veranstaltungen

Verfahrensvorschriften

- § 13 Sondernutzungserlaubnis
- § 14 Erlaubnisantrag
- § 15 Versagung und Widerruf
- § 16 Sondernutzungsgebühren

Gemeinsame Bestimmungen für Sondernutzungen und erlaubnisfreie Nutzungen

- § 17 Pflichten des Inhabers einer Sondernutzungserlaubnis

§ 18 Haftung

Ausnahmen, Ordnungswidrigkeiten, Schlussbestimmungen

§ 19 Ausnahmen, öffentlich-rechtliche Verträge

§ 20 Übergangsregelung

§ 21 Ordnungswidrigkeiten und Zwangsmittel

§ 22 Schlussbestimmungen

Anlagen I, II und III

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für öffentliche Straßen einschließlich öffentlicher Wege und Plätze sowie die Ortsdurchfahrten der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Stadtgebiet Hannover.
- (2) Zur öffentlichen Straße gehören der Straßenkörper (das sind insbesondere der Straßengrund, der Straßenunterbau, die Straßendecke, die Brücken, Tunnel, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Lärmschutzanlagen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Rad- und Gehwege), der Luftraum über dem Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen (§ 2 (2) NStrG und § 1 (4) FStrG).

§ 2

Gemeingebrauch und Sondernutzung

- (1) Der Gebrauch der öffentlichen Straßen ist jedermann im Rahmen der Widmung und der Verkehrsvorschriften gestattet (Gemeingebrauch). Der Gebrauch der öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis der Landeshauptstadt Hannover, soweit diese Satzung in § 5 – Erlaubnisfreie Nutzungen – nichts anderes bestimmt.
- (2) Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Erlaubnisse, Genehmigungen oder Bewilligungen werden durch die Sondernutzungserlaubnis nicht ersetzt.

§ 3

Besondere Gebietsbeschränkungen

- (1) In der Innenstadt, in der Lister Meile und in der Fußgängerzone der Limmer Straße ist das Aufstellen von ortsfesten und beweglichen Verkaufshäuschen oder –ständen, Warenautomaten, Automatenkiosken und der Betrieb von Straßenhandelsstellen (ambulanter Handel) außerhalb von besonderen Veranstaltungen grundsätzlich nicht erlaubt. Ausgenommen hiervon ist der Straßenverkauf von Zeitungen. Die vorhandenen Kiosk-Standorte und ortsfesten Verkaufsstände in der Innenstadt genießen Bestandsschutz. Der genaue Umfang des Bereichs Innenstadt im Sinne dieser Satzung ergibt sich aus

der Anlage III.

- (2) Auf den festgesetzten Marktflächen und den Fest- und Stadtteilplätzen ist das Aufstellen von ortsfesten und beweglichen Verkaufshäuschen oder –ständen sowie der Betrieb von Straßenhandelsstellen (ambulanter Handel) außerhalb genehmigter Veranstaltungen grundsätzlich nicht erlaubt. Der Tannenbaumverkauf bleibt hiervon ausgenommen.
- (3) Die Landeshauptstadt kann innerhalb der unter Absatz 1 bezeichneten Gebiete zeitlich begrenzte oder mit Widerrufsvorbehalt versehene Ausnahmen zulassen, soweit dies mit verkehrlichen und städtebaulichen Belangen im Einzelfall vereinbar ist. Sie kann die Anzahl der Ausnahmeerlaubnisse insbesondere begrenzen und ein besonderes Verfahren zur Vergabe der Erlaubnisse durchführen.

Sondernutzung und erlaubnisfreie Nutzung

§ 4

Erlaubnispflichtige Sondernutzungen

- (1) Alle Sondernutzungen, die nicht nach § 5 und Anlage II zu dieser Satzung erlaubnisfreie Nutzungen der Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten darstellen, bedürfen einer Erlaubnis der Landeshauptstadt Hannover. Erlaubnispflichtig sind insbesondere die in Anlage I zu dieser Satzung angeführten Sondernutzungen.
- (2) Einer gesonderten Sondernutzungserlaubnis bedarf es nicht, wenn eine Erlaubnis für eine übermäßige Straßenbenutzung oder eine Ausnahmegenehmigung nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) erforderlich ist.

§ 5

Erlaubnisfreie Nutzungen

- (1) Keiner Sondernutzungserlaubnis bedürfen die in der Anlage II zu dieser Satzung abschließend aufgeführten Nutzungsarten der Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten. Genehmigungen nach anderen Rechtsvorschriften werden durch diese Regelung nicht ersetzt.
- (2) Für erlaubnisfreie Nutzungen gelten die §§ 17 und 18 dieser Satzung entsprechend.

§ 6

Einschränkung erlaubnisfreier Nutzungen

- (1) Nutzungen, die keiner Sondernutzungserlaubnis bedürfen, können im Einzelfall aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn öffentliche Belange, insbesondere Belange des Verkehrs, dies vorübergehend oder auf Dauer erfordern.
- (2) Nach Beendigung der erlaubnisfreien Nutzung ist der ursprüngliche Zustand der genutzten Flächen vom Nutzer durch Abbau bzw. Rückbau wieder vollständig herzustellen. Die durch die erlaubnisfreie Nutzung verursachten Verunreinigungen sind - auch über den genutzten Bereich hinaus - unverzüglich zu beseitigen.

Besondere erlaubnispflichtige Sondernutzungen

§ 7

Freisitze

(Aufstellen von Tischen und Sitzgelegenheiten für gastronomische Zwecke)

- (1) Für gastronomische Zwecke kann das Aufstellen von Tischen und Sitzgelegenheiten erlaubt werden.
- (2) Im Rahmen genehmigter Sondernutzungen auf Fußwegen muss grundsätzlich ein Bereich von 2,00 m für Fußgänger freigehalten werden. Fallen Fuß- und Radwege zusammen oder befindet sich die Sondernutzungsfläche in der Fußgängerzone, so beträgt der für Fußgänger und Radfahrer freigehaltene Bereich 2,50 m. Außerdem ist die Zufahrt zu den Grundstücken für Feuerwehr, Rettungsdienste, Polizei und Fahrzeuge der Abfallsorgung sicherzustellen.
- (3) Abgrenzungen der gastronomisch genutzten Fläche, das Aufstellen von Windschutzelementen, Sonnenschutzanlagen, Kübelpflanzen und Beleuchtungsanlagen können auf Antrag erlaubt werden, wenn die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht gefährdet sowie der Schutz des Straßenbildes und städteplanerische und baupflegerische Belange gewahrt werden. Außengastronomieflächen sollen in ihrem Erscheinungsbild offen gestaltet und mit mehreren Zuwegungen versehen werden. Sie sollen einen allgemein einladenden und integrativen Charakter aufweisen. Beleuchtungsanlagen dürfen nicht zu einer Störung der Anlieger*innen führen. Effektbeleuchtungen, Lauflichter und Projektionen sind nicht zulässig. Ab einer Höhe von 100 Zentimetern müssen Abgrenzungen und Windschutzelemente transparent gestaltet sein. Die Gesamthöhe der Anlage darf 180 cm nicht überschreiten. Der Boden des für die Außengastronomie genutzten Freibereichs wird durch das vorhandene Bodenmaterial gebildet. Teppiche oder andere Bodenbeläge, sowie Zelte oder Pavillons sind grundsätzlich nicht zulässig. Podeste sind ausschließlich in Einzelfällen zulässig, wenn sie der Herstellung der Barrierefreiheit dienen.
- (4) Innerhalb der Innenstadt – Anlage III - darf das verwendete Material (Tische, Sitzgelegenheiten und Sonnenschirme) in Form, Maßstab, Gliederung, Material und Farbe die städtebauliche Bedeutung der die Umgebung prägenden Bebauung, des Straßen- oder Platzbildes nicht beeinträchtigen. Dieses ist bereits bei Antragstellung darzulegen.
- (5) Stehtische dürfen grundsätzlich nur in einer Tiefe von höchstens 2,00 m vor den Fassaden aufgestellt werden.
- (6) Ortsfeste und bewegliche Verkaufsstände sind grundsätzlich im Bereich von Freisitzen unzulässig. Die Landeshauptstadt kann sowohl innerhalb der Innenstadt gemäß Anlage III als auch im sonstigen Satzungsgebiet zeitlich begrenzte oder mit Widerrufsvorbehalt versehene Ausnahmen zulassen, soweit dies mit verkehrlichen und städtebaulichen Belangen im Einzelfall vereinbar ist.
- (7) Sämtliche Anlagen sind grundsätzlich barrierefrei auszubilden.
- (8) Das Aufstellen und der Betrieb von gasbetriebenen Heizungsanlagen (z. B. Heizpilzen) auf öffentlichen Flächen wird untersagt.

§ 8 Werbeanlagen

- (1) Werbeanlagen, welche den Gemeingebrauch beeinträchtigen und nicht nach § 5 und Anlage II zu dieser Satzung erlaubnisfrei sind, bedürfen der Erlaubnis der Landeshauptstadt Hannover.
- (2) Werbeanlagen dürfen nicht durch ihre Größe, Häufung, Lichtstärke und Betriebsweise das Stadtbild beeinträchtigen. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährdende Werbeanlagen sind unzulässig.

§ 9 Warenbänke (Warenauslagen an Geschäften)

- (1) Warenbänke dürfen nur direkt an die Geschäftsfront anschließen und eine Tiefe von 1,50 m nicht überschreiten. Zu den Nachbargrundstücken ist in der Innenstadt grundsätzlich ein Abstand von 1,00 m einzuhalten. Die maximale Höhe der Warenbänke wird auf 1,60m festgesetzt. Im Rahmen genehmigter Sondernutzungen auf Fußwegen muss grundsätzlich ein Bereich von 2,00 m für Fußgänger freigehalten werden. Fallen Fuß- und Radwege zusammen oder befindet sich die Sondernutzungsfläche in der Fußgängerzone, so beträgt der für Fußgänger und Radfahrer freigehaltene Bereich 2,50 m.
- (2) Verkaufseinrichtungen sind im Bereich von Warenbänken grundsätzlich unzulässig.

§ 10 Werbeaktionen

- (1) Werbeaktionen dürfen im Rahmen genehmigter Sondernutzungen zeitlich befristet im Stadtgebiet durchgeführt werden.
- (2) Werbeaktionen sind
 - a. das Verteilen von Druckerzeugnissen von Ständen oder Tischen aus oder durch gewerbliche Verteiler oder durch gezieltes Ansprechen von Passanten in werbender Absicht;
 - b. das Verteilen von Werbegeschenken oder Gratisproben sowie
 - c. die Zurschaustellung oder das Anpreisen von Verkaufsprodukten.
- (3) Im Rahmen von Werbeaktionen sind Verkaufseinrichtungen unzulässig.
- (4) Werbeaktionen dürfen grundsätzlich nicht länger als sechs Tage andauern.
- (5) Geschäftsinhaber dürfen zweimal monatlich direkt vor ihrem Geschäft eintägige Werbeveranstaltungen mit ihren typischen Verkaufsprodukten veranstalten (allgemeine Geschäftswerbung).
Darüber hinaus kann das Verteilen von Werbematerial, Gutscheinen, Werbeprospekten und ähnlichem unmittelbar vor dem Geschäft bis zu sechs Mal im Monat erlaubt werden. Der Verkauf von Speisen und Getränken ist ausgeschlossen. Das Verteilen von kostenfreien Kostproben (Gratisproben) ist gestattet.

- (6) Geschäftsinhaber können für Jubiläen, Neu- und Wiedereröffnungen, direkt vor ihrem Geschäft, bis zu zweitägige Veranstaltungen erlaubt werden (anlassbezogene Geschäftswerbung). Der Verkauf von Speisen und Getränken ist grundsätzlich unzulässig.
- (7) Geschäftsinhaber*innen können bis zu fünf Mal im Jahr direkt vor ihrem Geschäft eintägige Veranstaltungen mit ihren typischen Verkaufsprodukten ohne sachlichen Grund erlaubt werden (anlasslose Geschäftswerbung).
- (8) Anträge auf Verteilaktionen können bis zwei Wochen vor der jeweiligen Aktion gestellt werden.
- (9) Das Abstellen von Anhängern und Fahrrädern jeglicher Art zum Zwecke der Werbung (Werbeanhänger/Werbefahrräder) ist nicht gestattet.

§ 11

Straßenhandelsstellen/ Ambulanter und befristeter ortsfester Handel

Ortsfeste und bewegliche Verkaufsstände außer halb der in § 3 genannten besonderen Gebiete können durch Kontingente in Bezug auf die Standorte beschränkt werden. Die Sondernutzungserlaubnisse werden im Wege eines diskriminierungsfreien und transparenten Auswahlverfahrens einen oder mehreren geeigneten Antragsteller*innen erteilt. Die Standorte und Eignungskriterien werden in dem Auswahlverfahren benannt. Wenn pro Standort mehr als ein*e Antragsteller*in einen Antrag auf Sondernutzung stellt, entscheidet zwischen allen geeigneten Antragsteller*innen das Los.

§ 12

Veranstaltungen

- (1) Veranstaltungen im Sinne dieser Satzung sind zeitlich begrenzte Feste und andere Anlässe. Im öffentlichen Straßenraum bedürfen sie einer Sondernutzungserlaubnis, wenn sie nicht bereits auf Grund einer anderen Rechtsgrundlage erlaubt wurden.
- (2) Die Erteilung der Erlaubnis kann von der Vorlage eines Sicherheitskonzeptes abhängig gemacht werden.
- (3) Die Erlaubnis kann mit neben den nach § 13 Abs. 2 vorgesehenen Auflagen mit Auflagen zum Zweck der Gewährleistung der Sicherheit der Veranstaltungsgäste und –teilnehmer versehen werden.
- (4) Veranstaltungen können abweichend von § 3 in den dort bezeichneten Gebieten zugelassen werden, wenn hieran ein öffentliches Interesse besteht und sie das Stadtbild nicht beeinträchtigen.
- (5) Die Antragsfrist für die Erteilung der Erlaubnis von Veranstaltungen beträgt, abweichend von der Frist nach § 14 Abs. 1, 6 Wochen. Für Veranstaltungen, für deren Genehmigung unabhängig von der zu erteilenden Sondernutzungserlaubnis zusätzlich von den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein Sicherheitskonzept gefordert wird, beträgt die Frist 10 Wochen.

Verfahrensvorschriften

§ 13 Sondernutzungserlaubnis

- (1) Öffentliche Straßen dürfen für Sondernutzungen erst in Anspruch genommen werden, wenn die Erlaubnis dafür erteilt worden ist. Ein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis besteht nicht.
- (2) Die Erlaubnis wird nur auf Zeit oder unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt. Sie kann mit Bedingungen und Auflagen, insbesondere hinsichtlich der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder zum Schutz der Straße verbunden werden; dazu zählen auch Auflagen und Bedingungen, die aus städtebaulichen Gründen oder denkmalrechtlichen bzw. baupflegerischen Gründen gemacht werden. Bedingungen und Auflagen können aus diesen Gründen auch nachträglich gemacht werden.
- (3) Die Erlaubnis erlischt durch Zeitablauf, Widerruf, Einziehung der Straßen oder Verzicht.
- (4) Der/die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis hat gegen die Landeshauptstadt Hannover keinen Ersatzanspruch, wenn die Straße gesperrt, geändert, eingezogen oder die Erlaubnis widerrufen wird.
- (5) Sondernutzungserlaubnisse bedürfen der Schriftform oder sind schriftlich zu bestätigen.

§ 14 Erlaubnisantrag

- (1) Erlaubnisanträge sind – soweit diese Satzung keine anderen Regelungen enthält – grundsätzlich einen Monat vor Beginn der beabsichtigten Sondernutzung schriftlich bei der Landeshauptstadt Hannover zu stellen.
- (2) In den Erlaubnisanträgen sind Standort, Art, Dauer und Umfang der Sondernutzung und die Größe der benötigten Straßenfläche detailliert anzugeben. Die Landeshauptstadt Hannover kann dazu Erläuterungen durch aussagekräftige Zeichnungen und textliche Beschreibungen oder in sonst geeigneter Weise verlangen.
- (3) Wird durch die Sondernutzung ein im Eigentum eines Dritten stehenden Grundstücks in Anspruch genommen oder in seiner Nutzung beeinträchtigt, kann die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis von der schriftlichen Zustimmung des Berechtigten abhängig gemacht werden. Entsprechend kann verfahren werden, wenn durch die Sondernutzung Rechte Dritter auf Benutzung der Straße über den Gemeingebrauch hinaus beeinträchtigt werden.

§ 15 Versagung und Widerruf

- (1) Die Erlaubnis kann insbesondere versagt oder nur beschränkt erteilt werden, wenn
 - a) die benötigte Fläche nicht zur Verfügung gestellt werden kann,

- b) die Sondernutzung die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder andere öffentliche Interessen (z. B. Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, Schutz der Straße) gefährden würde,
 - c) städtebauliche, denkmalrechtliche oder baupflegerische Gründe der Erteilung entgegenstehen,
 - d) die Antragsfrist nicht eingehalten wurde,
 - e) Rechte Dritter (auch anderer Sondernutzer*innen) beeinträchtigt werden,
- (2) Der Widerruf einer nach § 13 erteilten Erlaubnis kann insbesondere ausgesprochen werden, wenn
- a) nachträglich die Voraussetzungen für die Erteilung fortfallen,
 - b) der/die Erlaubnisnehmer/Erlaubnisnehmerin die ihm/ihr gestellten Bedingungen und Auflagen nicht erfüllt,
 - c) die Sondernutzung die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder andere öffentliche Interessen (z. B. Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, Schutz der Straße) gefährdet,
 - d) der/die Erlaubnisnehmer/Erlaubnisnehmerin die festgesetzte Gebühr nicht zahlt,
 - e) städtebauliche Gründe es erfordern oder die Sondernutzung die Ausführung von Bauvorhaben wesentlich erschweren würde,
 - f) die Erlaubnis länger als einen Monat ohne wichtigen Grund nicht genutzt wird.

§ 16 Sondernutzungsgebühren

Für den Gebrauch der öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus werden Sondernutzungsgebühren nach Maßgabe der Sondernutzungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Hannover erhoben.

Gemeinsame Bestimmungen für Sondernutzungen und erlaubnisfreie Nutzungen

§ 17 Pflichten des Inhabers einer Sondernutzungserlaubnis

- (1) Anlagen sind so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügen. Insbesondere ist hierbei der Schutz von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Eingriffe in den Straßenkörper bedürfen der gesonderten Zustimmung des Straßenbaulastträgers.
- (2) Der Inhaber der Sondernutzungserlaubnis hat sein Verhalten und den Zustand seiner Sachen so einzurichten, dass niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den

Umständen unvermeidlich behindert oder belästigt wird. Er hat insbesondere die von ihm erstellten Einrichtungen sowie die ihm zugewiesene Fläche in ordnungsgemäßem und sauberem Zustand zu erhalten und die durch die Sondernutzung verursachten Verunreinigungen – auch über den sondergenutzten Bereich hinaus – unverzüglich zu beseitigen.

- (3) Der/Die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis hat von ihm/ihr errichtete Anlagen auf Verlangen der Stadt auf seine/ihre Kosten zu ändern und alle Kosten zu ersetzen, die der Stadt als Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen. Hierfür kann die Stadt angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangen. Der/Die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis hat darauf zu achten, dass der ungehinderte Zugang zu allen in den Straßenkörper eingebauten Einrichtungen möglich ist. Entwässerungsrinnen und Schächte von Ver- und Entsorgungsanlagen sind freizuhalten. Soweit bei der Aufstellung, Anbringung oder Entfernung von Gegenständen ein Aufgraben des Straßenkörpers erforderlich wird, müssen die Arbeiten so vorgenommen werden, dass jede bleibende Beschädigung des Straßenkörpers, der Wege und Anlagen insbesondere der Entwässerungsrinnen und der Ver- und Entsorgungsanlagen sowie deren Lageänderung vermieden wird. Die Landeshauptstadt Hannover ist mindestens eine Woche vor Beginn der Arbeiten davon schriftlich zu benachrichtigen. Die Verpflichtung, andere beteiligte Behörden oder Stellen zu benachrichtigen oder deren Genehmigung einzuholen, bleibt unberührt.
- (4) Mit dem Erlöschen der Erlaubnis hat der/die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis alle von ihm erstellten Einrichtungen zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wieder herzustellen.
- (5) Wird eine Straße im Sinne von §1 ohne die erforderliche Erlaubnis benutzt oder kommt die/der Sondernutzungsberechtigte ihren/seinen Verpflichtungen nicht nach, so kann die Landeshauptstadt die erforderlichen Maßnahmen zur Beendigung der Benutzung oder zur Erfüllung der Auflagen anordnen (§ 22 NStrG / § 8 Abs. 7 a FStrG). § 6 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 18 Haftung

- (1) Mit der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis für Teile öffentlicher Straßen übernimmt die Landeshauptstadt Hannover keinerlei Haftung, insbesondere nicht für die Sicherheit der von den Benutzern eingebrachten Sachen.
- (2) Die Landeshauptstadt Hannover haftet dem/der Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis nicht für Schäden, die sich aus dem Zustand der Straßen und der darin eingebauten Leitungen und Einrichtungen für den/die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis und die von ihm/ihr erstellten Anlagen ergeben.
- (3) Der/Die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis haftet der Landeshauptstadt Hannover für alle Schäden durch unbefugte, ordnungswidrige oder nicht rechtzeitig gemeldete Arbeiten. Er/Sie haftet der Landeshauptstadt Hannover weiter dafür, dass die Ausübung der Sondernutzung die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt. Er/Sie hat die Landeshauptstadt Hannover von allen Ansprüchen freizustellen, die von dritter Seite aus der Art der Benutzung gegen die Landeshauptstadt Hannover erhoben werden können. Er/Sie haftet ferner für sämtliche Schäden, die sich aus der Vernachlässigung seiner/ihrer Pflichten zur Beaufsichtigung seines/ihrer Personals und der von diesen verursachten Verstößen gegen die Satzung ergeben.

- (4) Die Landeshauptstadt Hannover kann verlangen, dass der/die Inhaber/in der Sondernutzungserlaubnis zur Deckung sämtlicher Haftpflichtrisiken vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachweist und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrecht erhält. Auf Verlangen sind Versicherungsschein und Prämienquittung der Landeshauptstadt Hannover vorzulegen.

Ausnahmen, Ordnungswidrigkeiten, Schlussbestimmungen

§ 19

Ausnahmeregelungen, öffentlich-rechtliche Verträge

Die Landeshauptstadt Hannover kann in Einzelfällen Ausnahmen zulassen oder in öffentlich-rechtlichen Verträgen für Gruppen von Sondernutzungen abweichende Regelungen vereinbaren.

§ 20

Übergangsregelung

Sondernutzungen, für die vor Inkrafttreten dieser Satzung eine Erlaubnis auf Zeit oder auf Widerruf erteilt wurde, bedürfen keiner erneuten Erlaubnis nach § 13 dieser Satzung. Sie können jedoch mit nachträglichen Auflagen oder Bedingungen versehen werden.

§ 21

Ordnungswidrigkeiten und Zwangsmittel

- (1) Für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gilt über § 61 NStrG und § 23 FStrG hinaus folgendes:
Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 NKomVG bei der Benutzung von Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen und im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 1 NStrG bei der Benutzung der übrigen durch die Satzung erfassten Straßen handelt, wer
- a) einer nach § 13 Abs. 2 erteilten Auflage oder Bedingung nicht nachkommt,
 - b) entgegen § 17 Abs. 1 Satz 1 Anlagen nicht vorschriftsmäßig errichtet oder unterhält,
 - c) entgegen § 17 Abs. 2 dieser Satzung die durch die Sondernutzung verursachten Verunreinigungen – auch über den sondergenutzten Bereich hinaus – nicht unverzüglich beseitigt,
 - d) entgegen § 17 Abs. 3 dieser Satzung nicht für einen ungehinderten Zugang zu den in die Straßendecke eingebauten Einrichtungen sorgt und die Entwässerungsrinnen und Schächte von Ver- und Entsorgungsanlagen nicht freihält,
 - e) entgegen § 17 Abs. 4 den früheren Zustand der ihm überlassenen Fläche nicht ordnungsgemäß wieder herstellt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können gemäß § 61 Abs. 2 NStrG mit einer Geldbuße geahndet werden.
- (3) Zwangsmaßnahmen nach anderen Vorschriften insbesondere nach dem Nds. SOG bleiben unberührt.

§ 22 Schlussbestimmungen

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die „Satzung der Landeshauptstadt Hannover über die Sondernutzung an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten in der Landeshauptstadt Hannover vom 28. November 1974“ (Bekanntgemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hannover, Nr.33, vom 23.12.1974) außer Kraft.

Anlage I

Erlaubnispflichtige Sondernutzung

Erlaubnispflichtige Sondernutzungen nach § 4 der Satzung sind zum Beispiel:

1. der Betrieb von Straßenhandelsstellen (ambulanter Handel - § 11),
2. der befristete, ortsfeste Handel (§ 11)
3. Freisitze (§ 7),
4. Werbeanlagen, welche den Gemeingebrauch beeinträchtigen und nicht nach § 5 und Anlage II zu dieser Satzung erlaubnisfrei sind (§ 8).
5. Warenbänke (§ 9),
6. die Durchführung von Werbeaktionen, insbesondere Werbefahrten mit Fahrzeugen und die Werbung durch Personen, die Plakate oder ähnliche Ankündigungen umhertragen, sowie die Werbung mit Lautsprechern (Werbeaktionen - § 10),
7. die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen,
8. das Aufstellen oder Anbringen von Warenautomaten, Vitrinen, Schaukästen, Taxenrufsäulen u. ä., wenn die in Anlage II, Ziffer 3 genannten Maße als Voraussetzung für eine erlaubnisfreie Nutzung überschritten werden und ein Eingriff in die Straße beabsichtigt ist,
9. das Verteilen und der Verkauf von Handzetteln sowie Flugblättern, insbesondere wenn dieses mit dem Ansprechen von anderen Verkehrsteilnehmern verbunden ist, (Flyerverteilung: Grundsätzlich in der Innenstadt nicht genehmigungsfähig. Ausnahme: in der Fußgängerzone der Georgstraße vom Steintorplatz bis Schillerdenkmal)
10. das Anbringen von in den Straßenraum hineinragender Teile baulicher Anlagen wie z.B. Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer, Balkone, Treppen, Rampen, Verblendmauern oder Wärmedämmung,
11. das Aufstellen von Einrichtungen der öffentlichen Ver- und Entsorgung (Briefkästen, Briefmarkenautomaten, Telefonzellen, Schaltkästen, Taxenrufsäulen, Abfallbehältern, Wertstoffbehältern (Abfälle zur Verwertung), Postablagekästen, Streusandkisten),
12. die Durchführung von Wertstoffsammlungen (Abfällen zur Verwertung) in festen Behältern, Säcken oder Bündeln,
13. die Errichtung und der Betrieb von Fahrradabstellanlagen,
14. das Aufstellen von Baubuden, Bauzäunen, Gerüsten, Fußgängertunneln, Schuttrutschen, das Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen und -geräten, Kränen, die Lagerung von Baustoffen und Bauschutt – auch in Containern – u. ä. sowie die Anlage von Baustellenzufahrten,
15. das Aufgraben der Straße für z.B. die Verlegung von Leitungen und Rohren, die Sanierung von Kellerwänden, Baugrubenverbaue, Fassadenbegrünungen u. ä.,
16. die Anlage und der Betrieb von Gleisanlagen,

17. das zum Zwecke der Vermietung stationsbasierte oder stationsunabhängige Aufstellen von Elektrokleinstfahrzeugen und Leihfahrrädern,
18. Werbeanlagen im Sinne der §§ 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10, 50 Abs. 1 NBauO.

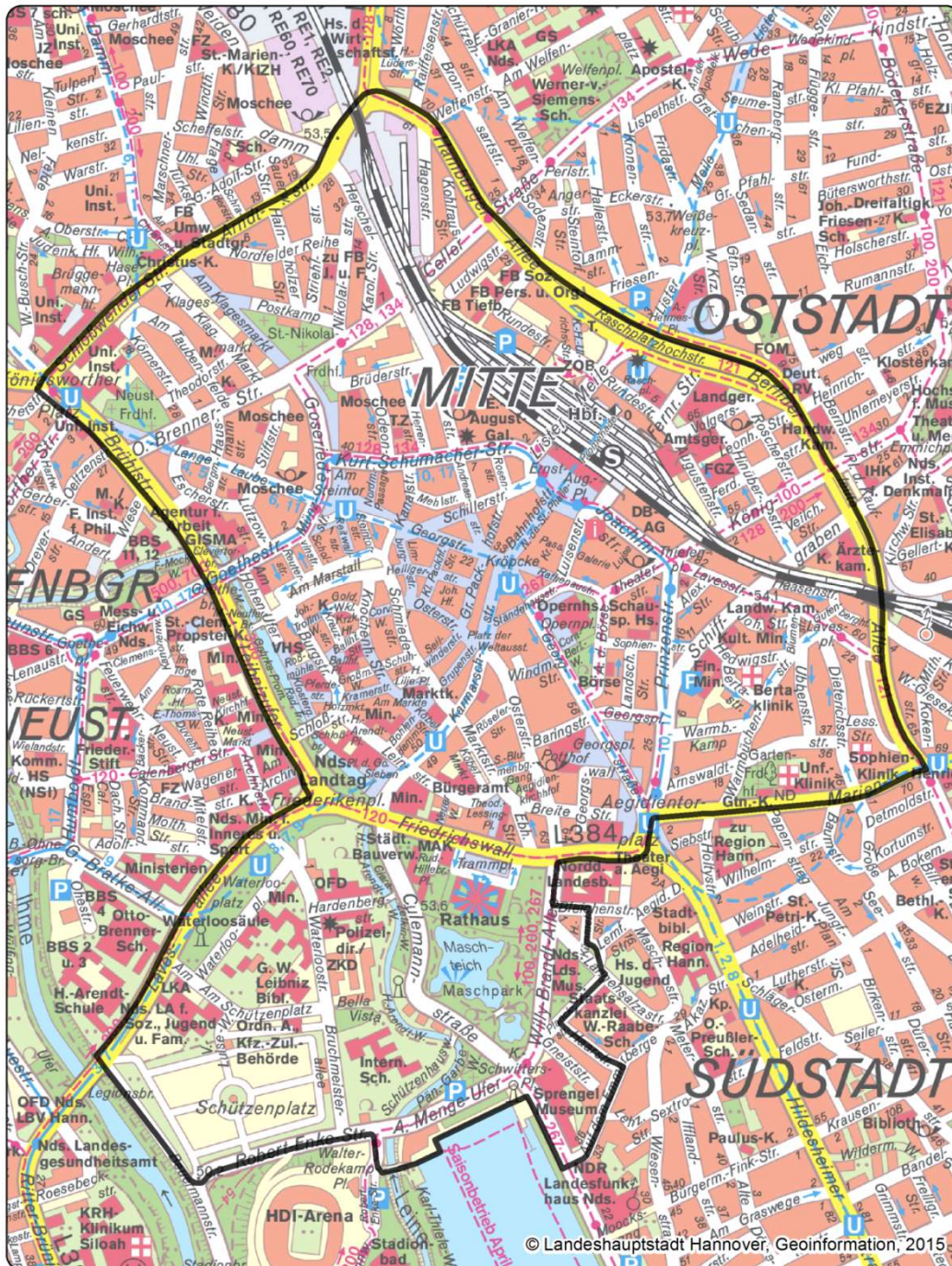
Anlage II

Erlaubnisfreie Nutzungen

Erlaubnisfrei nach § 5 der Satzung sind folgende Nutzungen:

1. der Straßenanliegergebrauch der öffentlichen Straßen mit Ausnahme der Fahrbahnen für Zwecke des Grundstücks wie die vorübergehende Lagerung von Bau- und sonstigen Materialien, das Bereitstellen von Abfallbehältern, -säcken und Abfällen am jeweiligen Abfuhrtag, das Be- und Entladen von Fahrzeugen, der Transport von Materialien über öffentliche Straßen zu den Grundstücken, wenn die öffentlichen Straßen nach der notwendigen Benutzung unverzüglich, spätestens aber bis zum Einbruch der Dunkelheit des Tagesbeginns der Nutzung, geräumt werden,
2. bauaufsichtlich genehmigte untergeordnete Bauteile, wie Gebäudesockel, Gesimse, Fensterbänke, Balkone, Erker, Eingangsstufen oder in die Fassade teilweise eingebaute Abfallbehälterschränke,
3. Vorübergehend angebrachte oder aufgestellte Werbeanlagen an der Stätte der Leistung mit nicht mehr als 1 m² Ansichtsfläche, wenn die Anlagen nicht fest mit dem Erdboden oder anderen baulichen Anlage verbunden sind und eine Durchgangsbreite für Fußgänger von mindestens 1,50 m verbleibt. Für jede Stätte der Leistung ist nur eine Werbeanlage erlaubnisfrei.
4. das Verteilen und der Verkauf von Handzetteln sowie Flugblättern und Schriften ausschließlich politischen und religiösen Inhaltes auf öffentlichen Straßen; diese Tätigkeiten sind mindestens eine Woche vor ihrem Beginn der Landeshauptstadt Hannover anzuzeigen,
5. das Aufstellen von Fahrradständern und die Errichtung von Fahrradabstellanlagen durch den Träger der Straßenbaulast.
6. Werbeanlagen für zeitlich begrenzte Veranstaltungen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover mit nicht mehr als 1 m² Ansichtsfläche für die Dauer von einem Monat. Die Werbeanlagen sind maximal zwei Wochen nach dem Ende der Veranstaltung durch die Veranstalter*innen aus dem öffentlichen Straßenraum zu entfernen.
7. Das Schmücken von Straßen und Häuserfronten für angezeigte Veranstaltungen, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen zur Pflege des Brauchtums sowie für kirchliche Prozessionen.

Anlage III zur Sondernutzungssatzung



Innenstadt

Die Innenstadt wird begrenzt durch folgende Straßen und Straßenteile einschließlich der benannten Straßen und Straßenteile (nicht gewidmete Flächen – Andreas-Hermes-Platz, Dreieckswiese am Opernhaus, Friederikenplatz, Schützenplatz, Waterlooplatz unterliegen nicht den Regelungen der Sondernutzungs- bzw. Sondernutzungsgebührensatzung):

Schloßwender Straße, Arndtstraße, Hamburger Allee, Berliner Allee, Marienstraße zwischen Berliner Allee und Aegidientorplatz, Aegidientorplatz/Friedrichswall bis zur Willy-Brandt-Allee, Willy-Brandt-Allee bis Bleichenstraße, Bleichenstraße bis Heinrich-Kümmel-Straße, Heinrich-Kümmel-Straße, Langensalzastraße bis Planckstraße, Planckstraße bis Haarstraße, Haarstraße, Auf dem Emmerberge zwischen Haarstraße und Rudolf-von-Bennigsen-Ufer, Rudolf-von-Bennigsen-Ufer bis Kurt-Schwitters-Platz, Arthur-Menge-Ufer, Robert-Enke-Str., Beuermannstraße zwischen Robert-Enke-Str. und Lavesallee, Lavesallee zwischen Beuermannstraße und Leibnizufer, Leibnizufer, Brühlstraße.

